

Bergbaubetroffene gründeten Landesverband

Verbandsziel: Wir sind gemeinsam stärker!

► NIEDERRHEIN. „Gemeinsam sind wir stärker!“ - unter diesem Motto hätte die Versammlung vieler Gegner des Steinkohlenbergbaus aus Nordrhein Westfalen stehen können. Denn Bürger aus der ganzen Ruhrgebietschiene trafen sich am Samstag, 18. Februar, in Voerde, um einen neuen Landesverband zu gründen.

Sechs örtliche Bürgerinitiativen gegen den Steinkohlenbergbau und seine Auswirkungen auf Umwelt und Bevölkerung, von Bergwerk West bis Bergwerk Ost, verabschiedeten in einer harmonischen Versammlung die Satzung des neuen Verbandes und wählten ihre Vertreter.

Vorbei sind damit die Zeiten, in denen sich Politiker und die so allmächtig erscheinende Deutsche Steinkohle (DSK) darauf zurückziehen konnten, sie hätten keinen adäquaten Gesprächspartner. Mit der Gründung des Landesverbandes ist die Basis geschaffen für einen notwendigen Interessenausgleich zwischen der vergleichsweise geringen Zahl von Bergbaubeschäftigten und mit der übergroßen Zahl von Bergbaugeschädigten.

Bei den anstehenden Gesprächsrunden zur Zukunft der heimischen Steinkohle wollen die Sprecher des Verbandes, Klaus Friedrichs (B1B-Niederrhein), Klaus Wagner (BISBU Al-

tendorf Ulfkotte) und Ulrich Behrens (SGB Rheinberg) gleichberechtigt neben der IGBCE (Gewerkschaft der Bergleute) mit am Tisch sitzen, wenn über Subventionen, Auslaufbergbau, Börsengang der Ruhrkohle Aktiengesellschaft und Sicherung der Bezahlung der Ewigkeitskosten verhandelt wird.

Bei den Vorstandswahlen wurden weiterhin Volker Eisenlohr und Dieter Zielberg von der Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener als Beisitzer beziehungsweise Stellvertreter gewählt.

In einem Aktionsbündnis mit den Geschädigten aus dem Saarland sollen schließlich auch auf Bundesebene die Interessen der Bergbaugeschädigten vertreten werden.

Die Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener (SGB) macht deutlich, dass den lokalen Vertretern der Steinkohle klar werden müsse, dass es allein aufgrund der Vorgaben der Europäischen Union bei der Genehmigung der Subventionen auf Dauer keinen nennenswerten Sockelbergbau geben wird.

Jeder Lokalpolitiker tue gut daran, für seine Region möglichst schnell den Wechsel zu zukunftsorientierten Arbeitsplätzen zu reklamieren, damit mit den für den Bergbau vorgesehenen verlorenen Subventionen zumindest noch teilweise ein Strukturwandel eingeleitet werden könne.